

Mitgliederrundbrief

Nr. 1

Dezember 1987

**Aktives Museum
Faschismus
und Widerstand
in Berlin e.V.**



Liebe Mitglieder des AKTIVEN MUSEUMS,
liebe Freundinnen und Freunde,

heute erhalten Sie die erste Ausgabe des seit langem geforderten Rundbriefs, weitere sollen folgen. Das ist die erste einer Reihe von Neuerungen, die durch die Einstellung von zwei ABM-Kräften, von uns bereits im Vorjahr beantragt, und die Einrichtung eines permanenten Büros, seit langem geplant, endlich möglich werden. Monika Rummeler und Klaus Döring werden uns künftig helfen, die Arbeit zu tun, die der Vorstand allein nicht leisten konnte.

Wir hoffen, daß es auf diese Weise gelingt, die Kommunikation innerhalb der Mitgliedschaft zu verbessern, die Forderungen des Vereins nach außen wirksamer zu vertreten und mehr als bisher an Einzelprojekten, die wir allein oder mit anderen durchführen, exemplarisch zu zeigen, was wir wollen.

Der Rundbrief, der künftig alle 2 bis 3 Monate erscheinen soll, hat die Funktion, alle für uns wichtigen Informationen zu sammeln, über die laufende Arbeit des Vereins und die Aktivitäten seiner Mitgliedsverbände zu berichten, aber auch relevante Veröffentlichungen der Tagespresse zu dokumentieren. Lokale Initiativen zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Berlin und öffentliche Debatten zum Thema werden dabei im Mittelpunkt stehen.

Damit der Rundbrief diese Funktionen tatsächlich erfüllen kann, damit er aktuell, informativ und unserer Arbeit nützlich wird, müssen seine Leser zu aktiven Mitarbeitern werden. Daher bitten wir um Informationen, Vorschläge und konstruktive Kritik. Hinweise auf Veranstaltungen oder wichtige Veröffentlichungen sind ebenso willkommen wie Berichte über neue Initiativen und kurze Diskussionsbeiträge (Redaktionsschluß: 30.01.1988).

Und noch eine Bitte: Die neue Geschäftsstelle ist provisorisch eingerichtet, die Arbeit hat begonnen. Aber noch fehlt es an vielem. Auch der Telefonanschluß, das Büromaterial und nicht zuletzt unser Eigenanteil bei der AB-Maßnahme kosten viel Geld. Wir sind deshalb nach wie vor auf Spenden angewiesen. Unser Freund, der Schriftsteller Axel Eggebrecht, Hamburg, der zu einem Vortrag im Gropiusbau eingeladen war, hat uns spontan sein Honorar überwiesen. Wir danken ihm für seine Solidarität und hoffen, daß sein Beispiel Schule macht.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen
zum kommenden Jahreswechsel

Der Vorstand

Arbeitsgemeinschaft
verfolgter
Sozialdemokraten
Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste
Allgemeine
Homosexuelle Aktion
Berliner Kulturrat
Berliner
Geschichtswerkstatt
Berufsverband Bildender
Künstler
Demokratischer
Frauenbund
Deutscher Freidenker
Verband
Elefanten Press Galerie
Evangelische Akademie
Evangelische Jugend
Berlin
Freunde der
Deutschen Kinemathek
Gesellschaft für
Deutsch-Sowjetische
Freundschaft
Magnus-Hirschfeld-
Gesellschaft
Niederländisch-
Ökumenische Gemeinde
Neue Gesellschaft
für bildende Kunst
Neuköllner Kulturverein
VVN — Verband
der Antifaschisten
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:
Köthener Straße 44,
1000 Berlin 61,
Telefon (030) 261 76 61
Konten:
Postgiroamt
Berlin (West),
Konto-Nr. 4610 18-108
(Reiner Gutte,
Sonderkonto Museum)
BLZ 100 10010
Berliner Bank,
Konto-Nr. 58170 156 800
(Angelika Becker,
Aktives Museum)
BLZ 100 200 00

Plädoyer für enge Zusammen- arbeit mit der "Initiative"

Aus einer ganzen Reihe von Gründen halte ich es für an der Zeit, über ein Zusammenrücken von "Initiative" und AKTIVEM MUSEUM nachzudenken. Die Entwicklung der letzten zwei Jahre, der gemeinsame Lernprozeß und die durch inzwischen errungene Teilerfolge heute gegebene Situation machen eine solche Anstrengung beider Seiten nicht nur nötig, sondern auch möglich.

Solange die Ausschreibung des Wettbewerbs für das Gestapogelände und sein Verlauf den Eindruck vermittelte, daß es nur noch um das Wie der Gestaltung und die nachträgliche Durchsetzung der zweiten Forderung des SPD-Antrages von 1982 ging, ein Dokumentations-, Ausstellungs- und Kommunikationszentrum auf dem Gelände zu errichten, von dem in der Senatsausschreibung nicht mehr die Rede gewesen war, solange war die Initiative AKTIVES MUSEUM, in der sich zahlreiche Berliner Verbände zu einem Verein zusammengeschlossen hatten, funktional ausreichend.

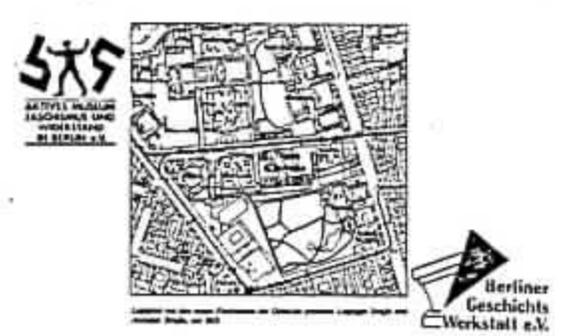
Die nachträgliche Aufnahme der Unterlagen über das AKTIVE MUSEUM in die an alle Teilnehmer versandten Wettbewerbspapiere, die Aufnahme dieser Idee durch zwei Drittel der über 190 Teilnehmer, schließlich die Tatsache, daß der mit dem 1. Preis ausgezeichnete Entwurf ein AKTIVES MUSEUM vorsah und die Jury ausdrücklich diese Ergänzung der Gedenkstätte zum Bestandteil ihres Votums machte - all das schien denen recht zu geben, die uns bereits kurz vor dem Ziel sahen.

Es ist kein Zufall, daß nach Ablehnung des 1. Preises durch den Regierenden Bürgermeister und das 2. Hearing zum Thema in der Akademie der Künste die "Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände", in deren Gründung wir eine Unterstützung unserer Forderungen sahen, immer mehr an Bedeutung gewann. Im

Verständnis der Öffentlichkeit mußte sie als eine plausible Antwort auf die nunmehr erneut offene Hauptfrage erscheinen, während der Verein AKTIVES MUSEUM auch in den Augen derer, die mit diesem Namen eine konkrete Vorstellung verbanden, mit einer zur Zeit noch nicht aktuellen Sekundärfrage befaßt schien.

Der Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg, in die Planung für die Blockrandbebauung an der Wilhelmstraße Räume für ein AKTIVES MUSEUM einzubeziehen, änderte daran nichts, denn die gleichzeitig erhobene Forderung nach Finanzierung durch die Stadt wurde vom Senat ebenfalls abgelehnt. Als Begründung wurde angegeben, man wolle einer endgültigen Entscheidung über das Gelände nicht vorgreifen, obwohl sie gerade auf diese Weise hätte vermieden werden können. Mit der Ablehnung einer Finanzierung der Einrichtung, über deren Notwendigkeit auch unter denen Einigkeit bestand, die sich über das Ob und Wie einer späteren Gestaltung des Geländes nicht einigen konnten, wurde eine nicht wiederkehrende Chance versäumt, das Terrain selbst von in jedem Fall problematischen Neubauten freizuhalten.

Gleichzeitig wurden auf anderen Gebieten von der "Initiative" und uns, die in ihr mitarbeiteten, Teilerfolge erzielt. Zum 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Hitlers Deutschlands hatten AKTIVES MUSEUM und "Berliner Geschichtswerkstatt" zu einer symbolischen Grabungsaktion auf dem Gelände aufgerufen. Am 1. September 1986 konnten wir unter breiter Beteiligung der beiden Initiativen freundeten Organisationen und Institutionen, darunter die HdK und die Akademie der Künste, in einer Feierstunde auf den freigelegten Zellenfundamenten des Gestapo-Hausgefängnisses Kränze niederlegen.



AKTIVES MUSEUM
 AUSSTELLUNG UND
 VERSTÄNDNIS
 BERLIN e.V.

**Berliner
 Geschichts
 Werkstatt e.V.**

NACHGEGRABEN

Das aktive Museum und die Berliner Geschichtswerkstatt laden auf die Gedenkfeier am Gelände von dem Gropius Bau aufmerksam.
 Wie Sie auf der Karte sehen, befinden sich dort die Terrassenrampe der Halle St., Gestapo und SA.
 Nach dem Krieg wurden die Reste der Rampe abgetragen. Seitdem ist das Gelände als Bauflugschneise, Platz und unter anderem ein Kino, eine große Parkanlage, Planung der Verkehrs- und dann die Halle Gropius übergeben.
 Wir fordern an diesem Ort eine Gedenkstätte für die Opfer. Ein solches Museum soll die Möglichkeit umfassender Informationen über den gesamten Fachbereich schaffen.
 Wir beginnen, am 3. Mai um 11.00 Uhr auf dem Gelände der ehemaligen Reichsministerkonferenz - zwischen Mithras - und Rosenkranz - mit dem ersten Spatenstich für diese Feierlichkeiten zu arbeiten. Wir wollen die Überreste der Hallenrampe durch Graben sichtbar werden lassen. Die Berliner Geschichtswerkstatt führt gleichzeitig eine Totenliste auf, die Sie über die Internetseite des Gropius Museums.
 WITON DES AKTIVES MUSEUM UND DER BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT
 3. MAI, 11.00 UHR, AM
 WITON - GROPBUS - AUF

Aufruf zur symbolischen Grabungsaktion auf dem Gestapo-Gelände aus dem Jahr 1985

In Verhandlungen mit dem Senat und der Ausstellungsleitung im Gropiusbau wurden unsere gemeinsamen Forderungen nach einer tatsächlichen "provisorischen Herichtung" des Geländes durchgesetzt: sorgfältige Spurensicherung und Verzicht auf alle gärtnerischen und baulichen Maßnahmen, die spätere Entscheidungen präjudiziert hätten. Das unerwartet starke Echo auf die Ausgrabungen und die Ausstellung "Topographie des Terrors" haben eine neue Situation geschaffen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Internationale Konferenz zu nennen, die am 9. und 10. November in Berlin tagte, um über das Konzept für das Haus der Wannseekonferenz zu beraten. Dieses Gremium von Fachleuten aus dem In- und Ausland hat ein-

hellig konstatiert, daß die schon aus räumlichen Gründen unerläßliche Beschränkung der Wannseevilla auf das Thema des Genozids am jüdischen Volk eine parallele Dokumentation über den SS-Staat in seiner Gesamtheit auf dem Gestapo-Gelände nicht etwa überflüssig, sondern vielmehr umso dringender macht.

Es ist weder wahrscheinlich noch durchsetzbar, daß der Senat den Verein AKTIVES MUSEUM mit dieser Aufgabe betraut. Umso dringlicher ist es, sich in den Diskussionsprozeß einzuschalten und die eigenen Vorstellungen zu vertreten. Das wird umso wirksamer geschehen können, je breiter die Koalition derer ist, die sich in dieser Sache verbünden. Eine enge Zusammenarbeit mit der "Initiative", wenn schon keine organisatorische Verbindung möglich scheint, wäre dazu nur ein erster Schritt. Mißtrauen und Berührungsängste, sofern sie einmal bestanden haben, halte ich heute für überwunden. Wir haben uns in gemeinsamen Aktionen und Auseinandersetzungen, Sitzungen und öffentlichen Debatten nicht nur gegenseitig besser kennengelernt, sondern auch dazugelernt. Das AKTIVE MUSEUM hat verstanden, daß seine Vorstellungen nur im Zusammenhang mit einer größeren Gedenkstätten-Lösung realisierbar sind. Die "Initiative" vertritt ihrerseits öffentlich die Forderung nach einem AKTIVEN MUSEUM. Beide Seiten haben sich, jede auf ihre Weise, in manchmal scheinbar sinnlosen Anstrengungen erschöpft und verschlissen. Sie dürfen aber nicht aufgeben in einem Augenblick, wo das Thema erneut aktuell wird. Deshalb mein Vorschlag, die beschränkten Kräfte zusammen zu tun, um an Gewicht zu gewinnen und den Kreis für weitere gesellschaftlich relevante Gruppen zu öffnen. Nur so können wir uns Gehör verschaffen und die Sache, an der uns allen gemeinsam liegt, vorwärts bringen.

(Gerhard Schoenberner)

AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS UND WIDERSTAND

MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 19.11. 87

Protokoll: Barbel Jaschke

TOP:

- 1. Vorstellung der ABM- Mitarbeiter/in
- 2. Situationsbericht / Perspektiven
- 3. Zusammenarbeit mit der Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände

4. Ehrenmitgliedschaft /Aufnahme neuer Mitglieder

5. Sonstiges

Anwesende:

Barbel Jaschke, AM Vorstand

Christine Fischer-Defoy, AM Vorstand

Wolfgang Szepansky, VVN/VdA

Eleonore Kujawa, Kontaktperson für Internationale Intern. Liga f.

Menschenrechte

Hans-Peter Richter, Kontaktperson für Friedensmuseum

Edith Wagner, Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten

Gertrud Keen

Sabine Weißler, AM Vorstand

Eckhard Siepmann, Werkbund-Archiv

Wolfgang Mahler, DSEW

Monika Rummler, ABM-Mitarbeiterin AM

Klaus Döring, ABM-Mitarbeiter AM

Anne von Törne, AM Vorstand

Falk Harnack

Hans Todtmann Kontaktperson für Evangelische Akademie

Dieter Ruckhaberle, VS Kulturrat

Frank Dingel, Kontaktperson für Topografie des Terrors

Gustav Hamer, Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände und

Mitglied Akademie der Künste

Klaus-Dieter Rycko, Neuköllner Kulturverein

Gabriele Horn, Delegierte der NGBK

Leonie Baumann, Berliner Kulturrat und BBK

Karl Schäfer, Initiative und Deutscher Werkbund

Helmut Maier

Gerhard Schoenberger, Vorsitzender Aktives Museum

Beginn: 19 Uhr Ende: 22.30 Uhr

TOP 1

- Gerhard Schoenberger bietet der Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände an, über die technischen Möglichkeiten des Büros des Aktiven Museums zu verfügen.

- Leonie Baumann fragt die ABM- Mitarbeiter Monika Rummler (Diplomsoziologin) und Klaus Döring (Historiker) nach ihrer Arbeitszeit und ihren Kompetenzen.

-Gerhard Schoenberger antwortet für sie:

Es gebe ein permanentes Büro mit festen Kernzeiten.Die ABM-Mitarbeiter sollen Augentermine wahrnehmen, Gruppen auf dem Gestapogelände betreuen, Telefonate annehmen, Versand und Vervielfältigungen durchführen, sich in die Materie einarbeiten,

die Vereinsgeschichte aufarbeiten, langfristig Einzelprojekte vorbereiten, z. B. eine Ton-Dia-Schau, eine didaktische Ergänzung

zur Ausstellung Topografie des Terrors erarbeiten. Über

finanzielle Konsequenzen sei noch nachzudenken.

-Karl Schäfer erwartet inhaltliche, konzeptionelle Arbeit von ihnen.

-Gerhard Schoenberger beklagt die beschränkten Möglichkeiten des Aktiven Museums und wünscht, daß "exemplarisch im Kleinen"

vorgezogen wird, wie ein Aktives Museum arbeiten kann: z.B. als pressure group für eine bestimmte Idee, Veranstaltungen organisieren, pädagogisches Begleitmaterial erstellen. Der Senat habe ein Gesellenstück verlangt und nach Vorschlag verschiedener Projekte wieder "nein" gesagt.

-Anne von Torne: "Wir haben mit den ABM-Mitarbeitern keine Sekretärin und keinen Sekretar angestellt, sondern hochqualifizierte Akademiker, die in kleinem Rahmen politische Bildungsarbeit machen sollen."
 -Leonie Baumann vermutet, daß die Bedürfnisse, zum Gestapogelände Veranstaltungen zu machen, wachsen werden.
 -Gertrud Keen befürchtet, daß die Büroarbeit überhand nehmen könne.

-Frank Dingel wünscht, daß sich Monika Rummel und Klaus Döring rechtzeitig gegen Überforderungen wehren, wünscht jedoch auch, daß das AM Führungen auf dem Gestapogelände macht und didaktische Arbeit leistet.

-Sabine Weißler betont noch einmal, daß das AM so qualifizierte ABM-Mitarbeiter eingestellt habe, weil inhaltlich gearbeitet werden müsse, ein Beispiel sei die Ausstellung T4.

-Klaus Döring betont, daß die ABM-Mitarbeiter inhaltlich arbeiten wollen, doch zunächst sei sehr viel Aktenmaterial zu ordnen. Sie seien dabei, ein Zeitungsarchiv und eine Bibliothek zum Thema Faschismus, Widerstand und NS heute aufzubauen. Führungen über das Gestapogelände und eine Ton-Dia-Schau seien geplant, ein Mitgliederrundbrief solle regelmäßig erscheinen. Sie seien auf einer Tagung über Akzeptanz von Gedenkstätten in Flossenbürg gewesen und hätten dort das AM in Form von Ausstellungstafeln vorgestellt. Das AM sei in der Initiative MOBILES MUSEUM präsent, die Ausstellungen zu verschiedenen Themen wie z.B. T4

plane, der Bus des MOBILIEN MUSEUMS habe zuletzt auf dem Gelände für das Deutsche Historische Museum im Tiergarten gestanden.

-TOP 2

-Gerhard Schoenberger berichtet, daß die Topografie des Terrors 140 000 Besucher hatte, daß zwei "round table Diskussionen" stattgefunden haben, [im Martin Gropius-Bau und im Deutschlandhaus, organisiert von der SPD Kreuzberg], daß eine Vortragsreihe im Martin-Gropius-Bau stattfindet, die verschiedene Komplexe des Gestapogeländes vorstellt und öffentliche Diskussionen anregen will, was mit dem Gelände zu geschehen habe. Einen breiten Konsens habe es bei der internationalen Konferenz für das Haus der Wannseekonferenz darüber gegeben, daß man das Haus nicht räumlich und theoretisch überlasten könne und ein Zusammenhang zwischen Wannseevilla, Stauffenbergstraße und Gestapogelände hergestellt werden müsse. Die Konferenz habe gezeigt, daß das Gestapogelände nicht zugunsten der Wannseevilla in den Hintergrund gedrängt werden könne, sondern eine parallele Befassung mit dem Gestapogelände nötig sei. Das sei auch im STADTGESPRÄCH des SFB [TV] hervorgehoben worden.

-Gerhard Schoenberger zur Zusammenarbeit zwischen der Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände und dem Aktiven Museum:

"Mir scheint, beide Kreise sollen sich zusammensetzen. Das Aktive Museum war als Verein funktional bis 1984 ausreichend. Nach dem 2. Hearing in der Akademie der Künste war die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände notwendig. Die Initiative mußte in der Öffentlichkeit als naheliegende, erste Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände erscheinen. Daneben gab es das Aktive Museum, das eine inhaltliche Zielsetzung anbot. Kann das Aktive Museum die Aufgaben allein leisten? Hat die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände ihren Zweck mit der Durchsetzung einer

provisorischen Lösung erfüllt? Nein, beide Gruppierungen haben sich Ziele gesetzt, die nicht erfüllt sind. Beide dürfen jetzt in der aktuellen Phase nicht aufgeben." Er hoffe, daß neue Verbände wie z.B. der Landesjugendring und der DGB Mitglieder des Aktiven Museums werden. Der Senat von Berlin solle beim Gestapogelände nicht allein schalten und walten können, er solle "gedrückt" werden, wenn der Prozeß nicht voran gehe. Das Gelände gehöre niemandem, nicht dem Senat und nicht irgendeiner Gruppierung. Die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände und das Aktive Museum sollen ihre Vorschläge in die Gremien, die sich jetzt bilden würden, einbringen. Initiative und AM hätten einige Chancen, gehört zu werden. Das Zusammenwachsen von Initiative und AM sei jedoch ein widerspruchsvoller Prozeß. In der Vergangenheit habe es Konkurrenzgefühle gegeben. Doch nun könne er sich vorstellen, daß beide Gruppen zusammen auftreten und noch andere Gruppen hinzugewinnen.

-Gustav Kämer:

Initiative und Aktives Museum seien zwei ganz unterschiedliche Einrichtungen. Das AM sei ein Verein mit bestimmter Ausrichtung. Die Initiative umfasse auch den Verein Aktives Museum. Alle Aufgaben hätten sich seit das Provisorium existiert, geändert. Die Initiative habe aufgehört, initiativ zu sein, aber nicht aufgehört, zu existieren. Er sei entsetzt gewesen, daß bei der Podiumsdiskussion im Martin-Gropius-Bau alle bis auf Hassemer vom Prinz-Albrecht-Gelände gesprochen hätten, nur der Senator habe vom Gestapogelände gesprochen. Die Initiative habe nie erfahren, welche Aktionen sie mitmachen könne. Er sei auch nicht zufrieden mit der Berichterstattung der Presse. Alle Forderungen zum Umgang mit dem Gestapogelände seien nicht erfüllt worden. Inhaltlich und fachlich sei Rurup für das Gelände zuständig, formal Hassemer.

-Edith Wagner fordert gegenüber dem Senat:
"Härter formulieren, härter fordern."

-Sabine Weißler:

Das Aktive Museum habe an Profil verloren, weil es durch die unglückselige Personalunion Gerhard Schoenberners an seiner eigenen Überflüssigmachung arbeite. Eine Überinstitution, wie sie die Verbindung Aktives Museum Faschismus und Widerstand /Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände darstellen würde, gründe man, um andere Gruppen wegzudrücken.

"Unser erster Repräsentant arbeitet an erster Stelle bei der Konzeption zur Wannseevilla mit, das empfinde ich als ein Problem." Das Aktive Museum habe darum keine eigene Stellungnahme zum Deutschen Historischen Museum abgeben können. Mit Argusaugen müsse das Aktive Museum die Entwicklung des Deutschen Historischen Museums beobachten und kommentieren. Doch stattdessen zeichne es sich in der Öffentlichkeit durch Profillosigkeit aus. Im SFB, Journal in Drei, habe Gerhard Schoenberner folgende Formulierung gebraucht: "Das Aktive Museum oder eine andere Dokumentationsstätte, der Name tut nichts zur Sache." Bevor das Aktive Museum sein Selbstverständnis nicht geklärt habe, vorüber zu wachen sei, wo es initiativ werden müsse, sehe sie einen Zusammenschluß mit der Initiative als problematisch an. -Karl Schäfer: Er sei gegen einen Zusammenschluß, doch dafür, teilweise zusammenzugehen. Das Aktive Museum habe weitergehende Zielsetzungen als die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände, doch stellenweise könne man sich sicherlich treffen. Hiermit bitte er, die Diskussionen um den Zusammenschluß zu beenden. Als positiv empfinde er Gerhard Schoenberners Auffassung, daß das Konzept für die Wannseevilla nur im Zusammenhang mit der Konzeption für das Gestapogelände zu sehen

sei. Auch sei es als positiv zu bewerten, daß die Ausstellung Topografie des Terrors als Provisorium verlängert worden sei. Es sei ein Ziel der Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände gewesen, ein Konzept für den Prozeß des Umgangs mit diesem Gelände zu entwickeln. Im Deutschen Historischen Museum werde sicherlich NS als Teilaspekt vorkommen, doch die Lücken, die bleiben würden, seien zu füllen. Er frage sich, ob Initiative und Aktives Museum dazu in der Lage sein werden. Für das Gestapogelände sei der Täter das Stichwort. Er bitte die Initiative und das Aktive Museum darum, ein Konzept für den Prozeß zum Umgang mit diesem Gelände zu entwickeln.

-Frank Dingel:

Die Bezeichnung Prinz-Albrecht-Gelände statt Gestapogelände sei historisch richtig, weil es all das umfasse, was dort war. Die Gestapo sei jedoch nur in der Prinz-Albrecht-Straße 8 gewesen. er wundere sich über die Meinung, das Aktive Museum habe keine Kontur. Es kümmere sich um die Menschen, die über das Gelände gehen, die Initiative kümmere sich um das Gelände selbst. Er bekomme ein schlechtes Gewissen, wenn er höre, was Schulklassen zum Gelände sagen. Didaktisches Material, um gerade Schulklassen zu begleiten, sei dringend notwendig. Die Aktenordner in der Ausstellung Topografie des Terrors, seien schon ein Teil solchen didaktischen Materials. Er sage zu Schülern, die die Ausstellung besuchen: "Guckt euch ein paar Schutzhaftvorgänge an!" Diese Spuren dauerten bis heute an. Dieser Tartort sei als Konsequenzort zu betrachten. Zur Erarbeitung des didaktischen Materials wolle er sich mit Monika Rummel und Klaus Döring zusammensetzen. Sinnvoll seien eine ständige Ausstellung und Wechselausstellungen zum Thema in einem festen Gebäude. Doch fehle Personal. Auch dafür werde das Aktive Museum gebraucht.

Es sei eine falsche Vorstellung, daß die Mitarbeiter der Topografie des Terrors in dieser Hinsicht alleine Druck auf den Senat ausüben könnten. Es habe schon lange genug gedauert, bis endlich diese leider hapliche Helzung im Provisorium installiert worden sei. Wenn Hassemer sage: "Es gibt keinen Handlungsbedarf." sei darunter zu verstehen: Wir, der Senat, haben keine Öffentlichkeit mehr zu befürchten.

-Gerturd Keen:

"Hassemer hat im Stadtgespräch des SFB gesagt: " Gebt mir vier Jahre Zeit."

-Dieter Ruckhaberle :

Er habe die Eröffnungsveranstaltung zur Topografie des Terrors als skandalös empfunden. Das Aktive Museum sei hier und auch anderswo systematisch rausgedrängt worden. Warum sei zur Eröffnung nicht das Aktive Museum als Repräsentant geladen worden? Nur Gerhard Schoenberner sei als Person herausgehoben, alle anderen jedoch durch den Senat zurückgedrängt worden.

Er fordere Gerhard Schoenberner auf, alle anderen zu Repräsentationsveranstaltungen mitzunehmen und nicht länger alleine dort zu erscheinen. Es solle endlich das

Delegationsprinzip durchgesetzt werden. Für den Berliner Kulturrat sei das Ziel des Aktiven Museums, durchzusetzen, daß auf diesem Gelände ein Museum errichtet würde. In der Ausstellung Berlin, Berlin sei im Blick auf die Tafeln zu NS ein Rückschritt zu bemerken. Die jüdische Gemeinde habe nicht begriffen, daß die Demokraten in den Gefängnissen saßen, um die Juden zu schützen. Er schlage vor, mehrere einfache Pavillons um das Gelände herum zu bauen und das Provisorium dort zu lassen, wo es jetzt stehe. Es solle gefordert werden, 10 % des Geschichtsmuseums für das Aktive Museum zur Verfügung zu stellen. Ein nächster Schritt sei,

diese Pavillons zu fordern. Möglich sei auch eine Ausstellung in der Köthener Straße. Es müsse Anstellungen geben, die eine Verbindung zwischen NS und Astrologie herstellen, zwischen NS und Irrationalism.

-Barbel Jaschke: Es muß die Bedeutung der Thule-Gesellschaft für den NS aufgearbeitet werden.

-Dieter Ruckhaberle:

Das Ansehen des Kollegen Gerhard Schoenberger sollte im Sinne des Aktiven Museums genutzt werden. Da die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände keine Pavillons haben wolle, sollten Unterschriften gesammelt werden. Eine breite Bündnispolitik sei anzustreben.

-Leonie Bußmann:

Sie sei mit Dieter Ruckhaberles Pavillonplänen nicht

einverstanden. - Sie sei enttäuscht über die mangelnde

Öffentlichkeit bei der internationalen Konferenz zur

Wannseevilla. Nicht zu akzeptieren sei, daß der Senat das

Gedenkstättenprogramm und die Pläne zum Gestapogelände hinter

verschlossenen Türen berate. Auch bei der Erarbeitung der

Topografie des Terrors sei die Öffentlichkeit nicht gefragt

vorden.

-Gerhard Schoenberger:

Er sähe mit Freude, daß die Initiative zum Umgang mit dem

Gestapogelände das Aktive Museum stützen wolle. Das Aktive Museum

sei vom ursprünglichen Konzept nicht abgekommen, habe es jedoch

dahingehend erweitert, daß nun die Wannseevilla in das Konzept

miteinbezogen würde.

-Dieter Ruckhaberle:

Das sei die Elephantentechnik des Senats. Dazu gehöre auch die

Taktik, sich einzelne Repräsentanten aus den Initiativen

herauszuholen, sie hervorzuheben und die betroffenen Gruppen zu ignorieren.

-Gerhard Schoenberger:

Trotz verbaler Versicherungen des Senats müße das Gestapogelände im Auge behalten werden. Hassmers Satz: " Wir außen noch sehr viel nachdenken." sei als Abschiebetaktik zu bewerten.

Die Topografie solle etwa 3-4 Jahre als Provisorium bestehen

bleiben. Obwohl es jetzt für die Wannseevilla grünes Licht gebe,

brauche man einen Vorlauf von 2 Jahren. Eine Debatte gebe es

überhaupt nicht, nicht einmal hinter verschlossenen Türen.

Personell und institutionell seien die betroffenen Gruppen nicht vertreten. Der Senat käme nicht daran vorbei, in Kürze eine

Planungsgruppe zu bilden und internationale Konferenzen zu

organisieren. Die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände,

das Aktive Museum und andere Gruppen mußten dann "auf der Matte stehen".

-Sabine Weigler.

Hierbei habe die Akademie der Künste die Aufgabe, die

Finanzmittel dafür zu liefern.

-Gerhard Schoenberger:

Er sei für die Topografie und die Wannseevilla als Person und

Sachkompetenz trotz und nicht wegen des Aktiven Museums berufen

worden. Er wolle nun beim Aktiven Museum ins zweite Glied

zurücktreten, das sei seine Konsequenz aus den Problemen, die

seine Doppelrolle mit sich brächte. Fordern könne das Aktive

Museum viel, es würde jedoch nichts nutzen ohne einen Herrn

Reemtama im Rücken. Die gewählte Stadtregierung habe zwar kein

Recht, über das Gelände zu bestimmen, doch sei sie im Auftrag des

Parlaments die administrative Clearingstelle. Er sehe keinen Sinn

darin, in der gegenwärtigen Phase weitere Einzelheiten

auszudiskutieren, die über das vorhandene Konzept [abgedruckt in der Broschüre des Aktiven Museums] hinausgingen. Dieses Konzept sei immer noch eine Basis, auf der man diskutieren könne. Notwendig sei jedoch ein Strategiekonzept zusammen mit der Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände und der Akademie der Künste.

-Christine Fischer-Defoy:

Die Konzeption des Aktiven Museums sei nach wie vor aktuell, doch gebe es Probleme bei der Realisierung. Durch B750 sei vom Senat alles auf die lange Bank geschoben worden, nun sei der richtige Zeitpunkt, wieder offensiv mit Forderungen an ihn heranzutreten. Sie halte es nicht für richtig, hier Vorwürfe gegenüber Doppelfunktionen zu erheben. Sie frage die Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände, ob die Akademie der Künste Geld für die geplante Ton-Dia-Serie des Aktiven Museums zur Verfügung stellen könne.

-Gerhard Schoenberner:

Er plane zusammen mit der VVN eine Ausstellung über Reichstagsabgeordnete, die ermordet wurden oder im Exil verstarben. Er plane auch eine Ausstellung und Informationsveranstaltung über die Arbeit anderer Länder (Polen, Israel) zum Umgang mit Gedenkarzialen. Er sehe eine solche Ausstellung und Veranstaltung als Hilfe für die Debatte über den Umgang mit dem Gestapogelände und als Gegenargument zu dem Gerücht, es sei objektiv nicht möglich, etwas mit dem Gestapogelände zu machen. Die Akademie der Künste möge darüber nachdenken, ob sie zusammen mit dem Aktiven Museum diese Projekte machen und finanzieren könne.

-GUSTAV HAMER ANTWORTET NICHT AUF SABINE WEISLERS, CHRISTINE FISCHER-DEFOYS UND GERHARD SCHOENBERNERS VORSCHLÄGE.

-Sabine Weippler:

Die Broschüre des Aktiven Museums sei immer noch ein Klassiker, doch solle das AM seine Rolle vehementer und offensiver wahrnehmen und eine bessere Kommunikationsstruktur schaffen. Sie sehe sich als AM-Mitglied nicht in einer Doppelrolle und finde es schlimm, daß sie sich hier für ihre Parteizugehörigkeit rechtfertigen müsse. Sie fordere Gerhard Schoenberner auf, das Aktive Museum über die Konzeption der Wannseekonferenz und über das Gedenkstättenprogramm des Senats, wo er Jurymitglied sei, zu unterrichten. Man solle den Vorschlag von Dieter Ruckhaberle ernstnehmen, Arbeitsgruppen bilden und sie in den Vorstand delegieren. Es sei notwendig, eine Arbeitsgruppe zum Deutschen Historischen Museum zu bilden, die die Konzepte zu lesen und die Diskussionen zu verfolgen habe und gegen die Verselbständigung Einzelner arbeite. Der geplante Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums solle ein Forum für diese Arbeit sein.

-Gustav Hamer:

Er wende sich gegen die Bezeichnung Prinz-Albrecht-Gelände. Das sei vielleicht historisch korrekt, doch wirke zu lieb. Unbedarfte Köpfe könnten bei der Benutzung dieses Begriffs immer noch hoffen, daß das Prinz-Albrecht-Palais wieder aufgebaut werde. Unter den 140 000 Besuchern, die diesen Denkort besucht hätten, müßten sich doch welche sein, die sich mobilisieren lassen. Förderer zu finden, könne jedoch nicht die Aufgabe der Initiative zum Umgang mit dem Gestapogelände sein.

Er wende sich gegen Dieter Ruckhaberles Pläne, am Rande des Geländes Pavillons zu errichten. Jede bauliche Anlage belege etwas. Aufgabe des Aktiven Museums solle es sein, in den Nachbarschaften außerhalb des Zauns Räume zu schaffen.

Da es dafür keine laute Öffentlichkeit gegeben habe, habe der

Senat Gelgenheit gehabt, die Pläne [z.B. Bebauung Block IV ,
 Wilhelmstr./Kochstr. mit Aktivem Museum) administrativ
 wegzukippen. Es sei die übliche Taktik des Senats, sich
 Repräsentanten herauszupicken und sie zu geschlossenen Treffen zu
 laden. Solche Treffen müßten auf breiterer Basis vorher
 diskutiert und vorbereitet werden. Er sei darüber enttäuscht, daß
 Gerhard Schoenberger ihn nicht über seine Aktivitäten mit dem
 Senat informiert habe. Zu den Kontroversen zwischen Initiative
 und AM in der Vergangenheit habe er anzumerken, daß das
 Gestapogelände kein Baugelände sein könne. Er erinnere daran, daß
 nach der Vergabe des 1. Preises zur Gestaltung des Geländes das
 Aktive Museum gejubelt habe, weil ein Museumsbau auf dem Gelände
 vorgesehen war. Da habe schon nicht mehr der Denkort im
 Vordergrund gestanden, sondern nur die Rauminteressen des Aktiven
 Museums. Die Broschüre des Aktiven Museums sei zu überarbeiten.
 Dabei müsse auf die neue Entwicklung beim Umgang mit dem
 Gestapogelände Bezug genommen werden.

-Helmut Maier:

Das Gestapogelände sei ein Ort der Täter, kein Ort der Opfer.
 Über die Opfer werde genug gesprochen. Es müsse nun darüber
 gesprochen werden, welche Spuren von 1933 bis in die Gegenwart
 hineinreichen. Dazu sei ein Museum mit Vertiefungsräumen
 notwendig.

-Dieter Ruckhaberle:

Beantragt Protokollnotiz:

1. Das Aktive Museum fordert Pläne für ein Erweiterungsangebot
 auf oder an dem Gelände.
2. Das Aktive Museum wird alle Anstrengungen unternehmen, um zu
 einer Anerkennung in der Gesellschaft zu kommen.
3. Es soll das Delegationsprinzip herrschen für alle Gremien, die

sich mit dem Thema beschäftigen.

4. Der Vorstand soll in Begleitung von Arbeitsgruppenmitgliedern
 in die Gremien gehen und ausdrücklich im Namen des Aktiven
 Museums auftreten.

5. Das Aktive Museum soll Träger des Denkortes Gestapogelände
 sein."

-Gustav Hämer:

"Es fällt mir als Vertreter der Initiative zum Umgang mit dem
 Gestapogelände schwer, mit diesen Forderungen zu leben."

-Dieter Ruckhaberle:

Die Diskussion darüber, ob das Aktive Museum Träger dieses
 Denkortes sein könne, müsse endlich beendet werden. Es sei der
 Träger, es gebe bisher keinen anderen. Auch Rürup wisse nicht
 weiter. Der Senat wolle im Prinzip mit diesem Gelände gar nichts
 zu tun haben und wisse auch nicht, wie er es in den Griff kriegen
 solle. Er, Dieter Ruckhaberle, beantrage hiermit Pläne für die
 Erweiterung des Aufklärungsangebotes auf oder an dem Gelände. Der
 Träger habe das Aktive Museum zu sein.

-Leonie Baumann:

Diese Forderungen fielen hinter die aktuelle Diskussion zurück. I
 Die Formulierungen seien zu allgemein.

-Christine Fischer-Defoy:

Gegenantrag: " Es soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, um
 Pläne für die Erweiterung des Aufklärungsangebotes zu
 entwickeln."

-Wolfgang Mahler:

"Das ist zu butterweich."

-Gerhard Schoenberger:

Er sehe in den Forderungen Dieter Ruckhaberles einen

Ullnvertretungsanspruch, der zur Selbstisolierung führen werde.

Für dieses Gelände habe niemand Bestätigung zu erteilen. Diese Bestätigung hat ein Einzelfall. Die Stärke der Aktiven Museen kommt noch mit dazu zu sein, ob es instände sei, Verbände zu sein.

-1. Antrag, einstimmig angenommen:

"Der Vorstand des Aktiven Museums wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Initiative zum Umgang mit dem Gestaltungsausschuss eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bis Mitte Februar 1988 eine inhaltliche und räumliche Konzeption für den Umgang mit dem Gestaltungsausschuss entwickelt."

- 2. Antrag, angenommen, eine Enthaltung:

"Es soll das Delegationsprinzip herrschen.

Repräsentative Auftritte und Ämter sollen mit dem Vorstand

abgesprochen werden."

-Eckhard Siepmann:

Er sehe Probleme mit der Gremienarbeit. Sehr viel wichtiger seien steuerwirksame Aktionen, z.B. solche wie zum Deutschen Historischen Museum.

-Dieter Ruckhaberle:

Die Außenvertretung des Aktiven Museums müge neu geregelt und streng demokratisch gehandhabt werden.

-Raim-Peter Richter:

Er hat vom Friedensmuseum beauftragt worden, auf dieser Mitgliederversammlung zu prüfen, ob das Friedensmuseum als Organisationsmitglied des Aktiven Museums werden solle. Beniani (22.15 Uhr) habe er keinen positiven Eindruck gewinnen können. Das Friedensmuseum wolle nur dann Mitglied im Aktiven Museum werden, wenn das Aktive Museum sich nicht nur um das Gestaltungsausschuss und die Wannseevilla kümmere, sondern auch und besonders Stellung zu aktuellen Problemen, z.B. japanische

-Klaus-Dieter Ryker:

Der Vorstand des Aktiven Museums solle sich mit dem Friedensmuseum zusammensetzen.

-Helmut Mater:

Die Arbeit an der Geschichte könne nur ein Teilaspekt der

Aufgaben des Aktiven Museums sein.

-Karl Schäfer:

Zu Dieter Ruckhaberles Konzept:

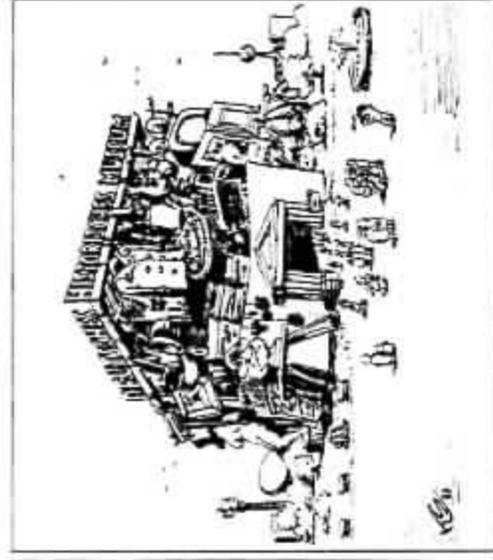
Es solle nicht gebaut werden, bevor es nicht im Kopf Gestalt angenommen habe.

-Als neue Mitglieder wurden begrüßt:

Fränk Dingel, Klaus Hesse, Hans Todtmann und Elna Marianne Reiff-Hundt.

-Für die Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer Strategie und Konzeption meldeten sich Gertrud Keen, Klaus Döring, Hans Todtmann, Dieter Ruckhaberle, Helmut Mater, Sabine Weigler und Barbel Jaschke.

002/16.14.1 Nr. 64 20.10.1987- 32



Karikatur: Klaus Stüttgen

"Das Prinz-Albrecht-Gelände" und die "Topographie des Terrors" - eine Zwischenbilanz

Der Herr Kultursenator zeigte sich nach zwei-stündigem Statement- und Denkadressenaus-tausch erstaunt und beunruhigt, daß es unter den etwa hundert Zuhörern drei/vier Stimmen gab, die auf dem Podium Kontroversen und klare Forderungen an den Senat vermißten. Er empfand die Frage nach der zukünftigen Trägerschaft für das Gestapo-Gelände als peinlich und forderte alle Beteiligten auf, sich zu überlegen, wer hier betrüge. Schließlich sei es sein Auftrag gewesen, daß hier ausgegraben wurde und es seien seine Kosten gewesen. Der "böse Senat" habe das ja alles bezahlt. Und im übrigen sei dies kein Ort für Profilierungen, niemand könne sich mit diesem Gelände schmücken und der Umgang mit ihm solle offen bleiben. Er vergass dabei anzumerken, daß der Senat von Berlin seit 1980 von vielen Betroffenen und den verschiedensten Initiativen mit Briefen, Symposien, ausstellungen und symbolischen Ausgrabungen unter Druck gesetzt wurde, diesen zentralen Ort des national-sozialistischen Terrors nicht länger zu igno-rieren und Gras darüber wachsen zu lassen, sondern dafür zu sorgen, daß die Wunde offen gelegt wird.

Prof. Dr. Reinhard Rürup, Leiter der Doku-mentation "Topographie des Terrors" auf dem "Prinz-Albrecht-Gelände", hatte in Verbindung mit der Akademie der Künste, dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand, der evang. Akademie Berlin (West), dem August Bebel Institut, der Initiative für den Umgang mit dem Gestapogelände zu einer Zwischenbilanz eingeladen. Seine einleitend geäußerte Hoffnung auf einen intensiven Gedankenaustausch, der die Sache, den Umgang mit dem Gelände vor-antriebe, erfüllte sich nicht. Für den Herrn Kultursenator stand fest, daß das Ausstellungs-provisorium eine so hohe Qualität habe, daß es nur beendet werden könne, wenn es eine bessere Überlegung für die Zukunft gäbe, unter Zeitdruck stünde man nicht. Unter dem Ver-lautbarungsmantelchen, der Umgang mit diesem Gelände müsse offen bleiben, hatte er jedoch kein offenes Ohr für die Forderung, ein senats-unabhängiges Beratergremium aus Betroffenen, Initiativen und Fachleuten zu berufen, um weitere Diskussionen, Erfahrungsaustausch und Meinungsbildung zu dem Gelände voranzutrei-ben. Es sei nicht sinnvoll, Institutionen und gesellschaftliche Gruppierungen, und seien sie auch noch so ehrenwert, die Verantwortung für das Gelände zu übertragen, das würde nur zu Einengungen und Abgrenzungen führen. Zu der Anregung, über eine Stiftung nachzu-

denken, um in Zeiten politischer Wenden die Kontinuität des Umganges mit diesem Gelände zu sichern, äußerte er sich nicht direkt. Zum Vorschlag, eine Ausstellung und ein internation-ales Symposium einzurichten, auf dem die Er-fahrungen anderer Länder mit nationalsozia-listischen Denkmälern und Gedenkstätten disku-tiert werden könnten, gab er keinen Kom-mentar ab. Er erinnerte daran, daß die frühere Entscheidung des Nichtbeschließens schließlich gut für das jetzige Provisorium gewesen und mit unerwarteten Erfolgen belohnt worden sei und versicherte, daß man sich dem Druck, nun etwas zu beschließen, von welcher Seite er auch immer käme, nicht beugen werde. Die Tatsache, daß es bis heute beim Senat weder eine Beschlußfassung noch einen Haushaltstitel für die Wintersicherung, Verlängerung und Be-treuung des hochgelobten Provisoriums gibt, empfand der Herr Kultursenator als ein neben-sächliches formales Problem, daß er bewältigen werde, auch wenn er offiziell nach dem 22. November keine Verantwortung mehr für das Gelände habe. Wichtig sei allein, daß unter Professor Rürups Leitung inhaltlich so weiter-gearbeitet werde wie bisher und bei der Be-treuung von Besuchern noch mehr Erfahrungen zum Umgang mit dem Gelände gesammelt würden.

Welche Erfahrungen wurden bisher gemacht? Seit der Eröffnung am 4. Juli wurden 70.000 Ausstellungsbesucher gezählt. Die 400 Eintra-gungen im Besucherbuch sind weitgehend zu-stimmend, betroffen, nachdenklich. Rechts-radikale und neonazistische Äußerungen sind seltene Ausnahmen. Die erste Auflage von 10.000 Ausstellungskatalogen ist ausverkauft. Es gibt Anregungen, diese Provisorium zu einer Dauereinrichtung zu machen und Warnungen, nach monumentalen Gestaltungslösungen für dieses Gelände zu suchen.

Fazit der Zwischenbilanz: Das Provisorium wird in den status quo erhoben werden. Ein multi-funktionaler Stadtteilpark, wie zum Gestalt-ungswettbewerb vom Bezirksamt Kreuzberg gefordert, steht nicht mehr zur Debatte, die Pläne des Senats, das barocke Prinz-Albrecht-Palaiswieder aufzubauen, sind weg vom Tisch. Allgemeines erstauntes Schütteln der Podiums-köpfe und Geraune im Publikum erzeugte ein ganz neuer Vorschlag von Reinhold Schattenfroh zusammen mit Johannes Tuchel Autor des Buches "Zentrale des Terrors", einem Werk, das wesentliche Vorarbeiten für die Gestaltung der Dokumentation zum Gelände lieferte, regte

an, diesen Ort unter die Verantwortung des Museums für Deutsche Geschichte zu stellen, dann könnten die Wünsche des Aktiven Museums nach einem Forschungs-, Dokumentations- und Bildungszentrum schneller und besser verwirklicht werden. Das Kopfschütteln und Geraune bezog sich nicht auf die Tatsache daß Reinhold Schattenfroh sprachlich das bestehende Museum für Deutsche Geschichte Unter den Linden mit dem geplanten Deutschen Historischen Museum in der Nähe des Reichstagsgebäudes verwechselt hatte.

Bärbel Jäschke

(Sendemanuskript: SFB Journal in Drei, 25.9.87, anläßlich einer Podiumsdiskussion am Vortage)

Millionen von Frauen, Männern und Kindern wurden während der Nazi-Zeit aus politischen, religiösen, sozialen und «rassischen» Gründen verfolgt und mißhandelt, verschleppt und ermordet. Die Behandlung dieser Menschen hatte nach dem 8. Mai 1945 zu einem Gradmesser der Umkehr in die Zukunft, der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland werden können. Doch vielen Verfolgten wurde die gesellschaftliche Anerkennung und eine ausreichende Entschädigung verweigert. Die Geschichte der nicht erfolgten politischen Anerkennung und materiellen Entschädigung der Überlebenden der NS-Barbarei ist ein Teil des verweigerten Lernens aus der Geschichte, des nicht erregtlich vollzogenen Bruchs der Bundesrepublik Deutschland mit der Nazi-Vergangenheit.

In diesem Buch wird, neben einer Einführung in die Geschichte der Entschädigung beziehungsweise der verweigerten Entschädigung, an einigen konkreten Beispielen, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit, aufgezeigt, welche persönlichen Schicksale mit der Fortsetzung der Diskriminierung und Ausgrenzung der NS-Verfolgten nach dem 8. Mai 1945 verknüpft sind. Es macht deutlich, daß eine schnelle, umfassende finanzielle Entschädigung und moralische Anerkennung für alle NS-Verfolgten ein dringendes Gebot der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Eine Veröffentlichung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste mit Unterstützung von: Alternative Liste, Berlin (West); Arbeitsgemeinschaft der Vertretungen politisch, rassistisch und religiös Verfolgter, Berlin (West); Bund der «Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten», Detmold; Deutsche Gesellschaft für soziale Psychiatrie, Gutersloh; Hamburger Initiative «Anerkennung aller NS-Opfer»; Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime, Frankfurt; Niedersächsischer Landesverband deutscher Sinti e. V., Hannover; Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes, Hamburg; Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, Frankfurt; Vorstand der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Bonn.

Mit Beiträgen von: Werner Goldberg, Thomas Lutz, Alwin Meyer, Hermann Müller, Stefan Romey, Dieter Vaubel, Michael Wunder.

ISBN 89246-009-4

ASF Lutz/Meyer (Hg.): Alle NS-Opfer anerkennen und entschädigen

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste



Thomas Lutz/Alwin Meyer (Hg.)
ALLE NS-OPFER
ANERKENNEN UND
ENTSCHÄDIGEN

112 Seiten, DM 6.-, ab 10 Exemplare 10%, ab 20 Exemplare 20%, ab 50 Exemplare 25%, ab 100 Exemplare 30% Rabatt; Bestellungen an: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., Mediendienst, Beienroder Hauptstraße 2, 3308 Königslutter.

PODIUMSDISKUSSION BEI DER
SPD - KREUZBERG

Nach dieser Zwischenbilanz stand drei Tage später wieder der Umgang mit dem Gestapo-Gelände zur Diskussion. Diesmal versammelten sich auf Einladung der Kreuzberger SPD u.a. Vertreter der Fraktionen im Abgeordnetenhaus auf dem Podium, um über das Thema: "Topographie des Terrors - nur eine zeitlich begrenzte Ausstellung oder ein ständiger Ort der Mahnung und Erinnerung?" mit Interessierten zu debattieren. Ebenso wie in der Podiumsdiskussion zuvor ließ sich in den Statements ein Konsens darüber erkennen, daß die Ausstellung über den 22.11.87 hinaus erhalten bleiben müsse. Das drückte sich in dem von allen akzeptierten Vorschlag aus, einen Allparteiantrag zur Wintersicherung des Pavillons und der baulichen Reste auf dem Gelände ins Parlament einzubringen.

Doch damit erschöpfte sich auch die Einigkeit im Podium. Während Heinz-Victor SIMON als Vertreter der CDU zwar auf die Notwendigkeit von Überlegungen zu einem Gesamtkonzept für das Gestapo-Gelände hinwies, aber in seinen Äußerungen zur Sache selbst und zum Zeitpunkt einer solchen Debatte eher unbestimmt blieb, hatten andere Podiumsteilnehmer konkretere Vorstellungen.

Gerhard SCHOENBERNER (AKTIVES MUSEUM) verwies auf den provisorischen Charakter der Topographie-Ausstellung und forderte, mit dem Nachdenken über eine endgültige Lösung sofort zu beginnen. Die Notwendigkeit eines Dokumentations- und Ausstellungsgebäudes an diesem Ort bestehe trotz der Planungen für das Haus der Wannseekonferenz weiter. Während dort die Judenverfolgung das Thema sei, müsse hier der gesamte SS-Staat dargestellt werden. Der Senat habe mit seiner Entscheidung, trotz entsprechender Beschlüsse des Bezirksamts Kreuzberg die Unter-

bringung des AKTIVEN MUSEUMS in dem Neubau Wilhelm-Ecke Kochstraße abzulehnen, eine nicht wiederkehrende Chance verspielt.

Walter MOMPER (SPD) wies darauf hin, daß es nicht der Senat gewesen sei, der mit Ausgrabungen auf dem Gelände begonnen habe, und belegte damit die Notwendigkeit, ständigen Druck auf die politischen Entscheidungsgremien in dieser Frage auszuüben. Auch er befürwortete es, möglichst bald Konzeptionen zu entwickeln, äußerte aber starke Zweifel, ob es zu konsensfähigen Lösungen kommen könne. Das Auftreten neonazistischer Kräfte vor dem Kriegsverbrechergefängnis in Spandau unterstreiche aber, wie notwendig eine Aufklärung der Jugend über die NS-Zeit sei. Momper befürwortete in diesem Zusammenhang, das Konzept des AKTIVEN MUSEUMS aufzugreifen.



Christiane Ziesecke (AL) erklärte, man müsse darauf achten, daß der Senat sich nicht auf der Wannsevilla ausruht, da

das Thema Antisemitismus politisch leichter zu handhaben sei als das, was auf dem Gestapo-Gelände geschehen ist. Das AKTIVE MUSEUM sei nach ihrer Auffassung die beste Lösung, sich der Auseinandersetzung mit diesem Ort der Täter zu stellen. Dort müßte auch Nicht-Wissenschaftlern die Möglichkeit der Akteneinsicht gewährt werden. Der Senat fürchte nichts so sehr wie die Einrichtung eines AKTIVEN MUSEUMS. Um dies zu verhindern habe er erklärt, die Aufgabe sei so wichtig, daß nur der Senat sie lösen könne. Christiane Ziesecke zog daraus die Schlußfolgerung, daß dem Senat der Umgang mit dem Gelände nicht überlassen werden dürfe. Konkret schlug sie vor, ein Internationales Symposium mit Vertretern der Völker, die am meisten unter der Nazi-Herrschaft zu leiden hatten, über den Umgang mit dem Gestapo-Gelände durchzuführen.

In der Diskussion bezog Hardt-Waltherr HÄMER (INITIATIVE) eindeutig Position für das AKTIVE MUSEUM. Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß Räume zu seiner Realisierung in der Randbebauung des Geländes zur Verfügung gestellt werden. Der symbolischen Ausgrabung, die das AKTIVE MUSEUM initiierte, und dem Engagement der "Initiative zum Umgang mit dem Gestapo-Gelände" sowie weiterer Gruppen sei es zu danken, daß das Gelände überhaupt in den Blick der Öffentlichkeit geriet. Daraus leitete er die Forderung ab, daß es keine Diskussion über Konzepte ohne die Beteiligung der Gruppen, die hier aktiv wurden, geben dürfe.

Der Kreuzberger Baustadtrat ORLOWSKY verwies darauf, daß die bezirklichen Pläne zur Unterbringung des AKTIVEN MUSEUMS im Block IV (Wilhelm-Ecke Kochstraße) durch den Regierenden Bürgermeister vereitelt wurden. Er erklärte dieses Vorgehen mit der Angst vor der Verbreitung der Erkenntnis, daß es

brave Beamte waren, von denen die Verbrechen dieses Ortes ausgingen.

Mein Eindruck von dieser Podiumsdiskussion: Das Konzept des AKTIVEN MUSEUMS spielt bei den politischen Kräften dieser Stadt mit Ausnahme der CDU (die FDP war leider nicht erschienen) nach wie vor eine wichtige Rolle in ihren Überlegungen zum Umgang mit diesem "Ort der Täter" (RÜRUP). Die CDU als Regierungspartei hingegen verweist jetzt, nachdem die geplanten Schnellschußlösungen (Spielplatz, Wettbewerb) gescheitert sind, auf ein notwendiges langes und geduldiges Nachdenken in der Hoffnung, den beteiligten unbequemen Gruppen werde schon der Atem ausgehen. Erfreulich aber bleibt, daß über die Weiterführung der Topographie-Ausstellung Einmütigkeit erzielt werden konnte (dies ist in der Zwischenzeit auch Senatsbeschuß), so daß das Gelände und das, was dort geschah, wohl kaum noch in Vergessenheit geraten wird.

Klaus Döring



" T 4 " - Ausstellung

Im Frühjahr 1987 wurde der Trägerkreis "Mobiles Museum" gegründet, in dem die Ärztekammer Berlin, Aktion Sühnezeichen, AL Tiergarten, Berliner Geschichtswerkstatt, Geschichts-AG der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, VVN/Verband der Antifaschisten und das AKTIVE MUSEUM sich zusammenschlossen. Ziel war es, an der Tiergartenstraße 4, wo sich von 1939 bis 1945 die Planungszentrale für die sog. "Euthanasie-Aktion T 4" befand, eine Ausstellung zu zeigen. Bis heute erinnert nichts an die Verbrechen, die von dort ausgingen. Zur Realisierung dieser Ausstellung wurde ein alter BVG-Bus angekauft. Nach viel Mühen und Arbeit konnte am 1. September 1987 die 18 Tafeln umfassende Ausstellung "Aktion T 4 1939 - 1945" eröffnet werden. Zur Ausstellung erschien ein Buch, herausgegeben von Götz Aly, der unsere Arbeitsgruppe mit Rat und Ideen unterstützte und bei der Erarbeitung der Ausstellung mitwirkte. Trotz des abgelegenen Ortes an der Philharmonie kamen viele Besucher. Teilweise hatten sie von der Ausstellung gehört, andere kamen zufällig, darunter auch Besucher der Philharmonie. Der Bus wird und soll auch an anderen Orten der Stadt mit wechselnden Ausstellungen einge-

setzt werden. So wurde gegen den Bau eines Deutschen Historischen Museums im Tiergarten die Konzeption des AKTIVEN MUSEUMS vorgestellt. Vom 7. bis 11. November stand der Bus vor dem Japanisch-Deutschen Zentrum mit einer Antimilitarismus-Ausstellung vom Deutsch-Japanischen Friedensforum/Friedensmuseum, mit der Forderung nach einem Nagasaki/Hiroshima/Tiergarten-Städtebündnis zu unterstützen. Vom 14. November an ist die Ausstellung " T 4 " am Adenauerplatz zu sehen. Für Schulklassen wird ein Duplikat der Ausstellung auch in der Nehringstraße 8 beim Jugendgesundheitsdienst Charlottenburg gezeigt. Ab dem 1. Dezember wird der Bus vor dem Pathaus Tiergarten mit der Antimilitarismus-Ausstellung stehen. Den bisher gezeigten Ausstellungen sollen weitere folgen, um eine Auseinandersetzung mit vergessener oder verdrängter Geschichte zu erreichen. Dem Trägerkreis können Initiativen, Projekte, Vereine oder Einzelpersonen auf Dauer oder nur für bestimmte Projekte beitreten. (Anne von Törne)

Kontaktadresse:
Berliner Geschichtswerkstatt
Bernhard Müller
Goltzstraße 46
1000 Berlin 62
Tel. 215 44 50



ARM

Ich heiße Klaus Döring, bin 33 Jahre alt und geborener (West-) Berliner. Nach dem Abitur studierte ich Germanistik und Geschichte, legte 1984 mein erstes und 1987 mein Zweites Staatsexamen für das Amt des Studienrats ab und bin somit ausgebildeter Deutsch- und Geschichtslehrer.

Im Rahmen meines politischen Werdegangs, der sich von jugendpolitischer Tätigkeit über hochschul- und friedenspolitisches Engagement bis hin zu Gewerkschaftsarbeit erstreckt, spielte der Antifaschismus immer eine zentrale Rolle. Insofern freue ich mich, jetzt meine beruflichen Qualifikationen in einem Bereich einsetzen zu können, den ich für sehr wichtig und unbedingt notwendig erachte.



Monika Rummler, 29 Jahre alt, in Bayern geboren und aufgewachsen. Nach dem Abitur 1978 Umzug nach Berlin; 2 Jahre Arbeit als Exportsachbearbeiterin im Bereich Maschinenbau. Von WS 80/81 bis WS 86/87 Studium der Soziologie, Psychologie, Politologie und Publizistik an der Freien Universität Berlin, Diplom im Februar 1987. Studienschwerpunkte Hochschulsozialisation, Frauen, Oral History, Alltagsgeschichte u.a.m. 1981-1983 Mitarbeit im Studienprojekt "Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit"; 1983/84 studentische Hilfskraft im Projekt "Qualitative Simulation von Verkehrsentscheidungen in Privathaushalten"; 1984/85 Vereinsgründung und Mitarbeit bei "Amnesty for Women Berlin"; seit 1985 aktives Mitglied in der Berliner Geschichtswerkstatt (Projekt "Lindenhof" u.a.) Veröffentlichungen zu Frauen im NS und Frauen in einer Berliner Genossenschaft. Ich freue mich, bei der Verwirklichung der Konzeption des AKTIVEN MUSEUMS ein Stück weit mitwirken zu können.

Samstag/Sonntag, 14./15. November 1987

Genaue 20 Jahre ist es her, seit der Berliner Senat die Bitte des jüdischen Historikers und Schriftstellers Joseph Wulf ablehnte, in der Villa Am Großen Wannsee 56-58 ein „internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgerscheinungen“ einzurichten. Wulf, Oberlebender von Auschwitz, hatte sich Mitte der fünfziger Jahre in Berlin niedergelassen und zahlreiche Bücher über den Nationalsozialismus geschrieben, darunter umfangreiche Dokumentationen über die nationalsozialistische Kulturpolitik sowie über Presse und Funk im Dritten Reich, die immer noch zu den Standardwerken gehören. Um seine Arbeit zu institutionalisieren, hatte der Schriftsteller 1966 zusammen mit 70 Politikern, Wissenschaftlern, Verlegern, Juristen und Publizisten einen Verein gegründet, der die Einrichtung dieses Dokumentationszentrums zum Ziele hatte. Das Forschungszentrum sollte, für jedermann zugänglich, im Haus der Wannseekonferenz untergebracht werden.

In dieser idyllisch gelegenen Villa am Großen Wannsee hatte am 20. Januar 1942 die sogenannte Wannsee-Konferenz stattgefunden, bei der zwar nicht, wie lange Zeit angenommen, die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen, aber die dafür notwendige Koordination zwischen Vertretern der betroffenen Ministerien abgestimmt wurde. Die Bürokraten des mörderischen NS-Regimes hatte der Chef der Sicherheitspolizei, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, eingeladen, um ihnen das Ausrottungsprogramm zu verkünden. Die Anwesenden, Akademiker aus sogenannten guten Familien, die eine humanistische Erziehung genossen hatten, durchaus Repräsentanten des deutschen Bildungsbürgertums, haben die „Endlösung“ nicht nur unwiderprochen hingenommen, sondern nur allzu bereitwillig in die Tat umgesetzt. Seitdem gilt diese Adresse als exemplarischer Ort für die Schreibtischhäter des Dritten Reiches schlechthin, auch wenn die Beschlüsse über die Nazi-Verbrechen im damaligen Regierungsviertel gefaßt wurden. Mitten durch dieses Viertel verläuft heute die Mauer. Der Westberliner Teil wird wegen des dortigen Standorts des ehemaligen Gestapo-Hauptquartiers und der anderen mit dem NS-Terror beschäftigten Verwaltungen inzwischen „Gestapo-Gelände“ genannt.

Mit seinem Plan für ein Dokumentationszentrum war Wulf gescheitert. Der Berliner Senat, damals unter Leitung des sozialdemokratischen Bürgermeisters Klaus Schütz, lehnte die Einrichtung einer Forschungsstätte in der Wannsee-Villa ab, weil, so Schütz, er „keine makabre Kultstätte“ wolle. Der Jüdische Weltkongreß hatte dem Berliner Senat sogar Geld geboten, um die Wannsee-Villa zur Gedenkstätte zu machen. Die Sozialdemokraten ließen dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, mit seinem Scheck über eine siebenstellige Summe abblitzen. Damit war der Schriftsteller Joseph Wulf nicht nur mit diesem Projekt gescheitert, sondern auch ruiniert. Trotz der publizistischen Anerkennung und des Ehrendoktors, der ihm Anfang 1970 verliehen worden war, schrieb er im August 1970 resigniert an einen Freund: „Seit über einem Jahr habe ich kein Einkommen. Nach 25 Jahren Arbeit stehe ich praktisch vor dem Nichts. Mein Thema – das Dritte Reich – ist nicht mehr gefragt.“ Wulf nahm sich im Oktober 1974 das Leben.

Was der Schriftsteller Joseph Wulf nicht geschafft hatte, soll nun in die Tat umgesetzt werden, wenn auch in einer anderen Art und Weise. Nachdem der Berliner Senat sich im letzten Jahr endlich dazu durchgerungen hatte, in der Wannsee-Villa einen „Ort des Gedenkens und des Lernens“ einzurichten, setzte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen eine Kommission ein, die ihrerseits – sei es Zufall oder geschickte Absicht – zwei Leute mit der Formulierung des Konzepts für die Wannsee-Villa beauftragte, die schon zu den Gründungsmitgliedern von Wulfs Verein zur Einrichtung eines Dokumentationszentrums gehörten: Wolfgang Scheffler, Professor für Holocaust-Studien am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, und den Zeitgeschichtler und Publizisten Gerhard Schönberger. Beide sind mit der Problematik der Wannsee-Villa sowie der Planung und Gestaltung von Gedenkstätten bestens vertraut. In Zusammenarbeit mit Annegret Ehmann, Doktorantin am Zentrum für Antisemitismusforschung, haben sie ein Konzept erarbeitet, das in dieser Woche auf einer international besetzten Anhörung zum Haus der Wannsee-Konferenz diskutiert wurde.

Das Konzept sieht vor, daß die Wannsee-Villa eine Gedenk- und Bildungsstätte, ein Dokumentations- und Informationszentrum werden soll. In einer ständigen Ausstellung soll die Wannsee-Konferenz, ihre Vorgeschichte und jene Ereignisse, die ihr zeitlich und kausal folgen, dokumentiert werden, und zwar so, „daß eine Grundinformation und Übersicht über die historischen Vorgänge vermittelt wird, gleichzeitig aber deren Dimensionen und konkrete Details deutlich werden“. Kernstück der Ausstellung soll die Juden-

Das Konzept für die Wannseevilla

Künftig ein Lehrhaus für die Demokratie

Wo die „Endlösung der Judenfrage“ vorbereitet wurde, soll endlich eine Gedenk- und Bildungsstätte entstehen

Von unserem Redaktionsmitglied Marianne Heuwagen

verfolgt werden. Als Bildungsstätte soll die Wannsee-Villa nicht nur eine internationale Jugendbegegnungsstätte werden, sondern auch internationale wissenschaftliche Symposien, Seminare für Multiplikatoren sowie Informationsprogramme und Kurzlehrgänge für Besuchergruppen beherbergen. Für die in- und ausländischen Besucher, die an den Seminar- und Lehrveranstaltungen teilnehmen, soll eine Mediothek eingerichtet werden, mit einer umfangreichen Präsenzbibliothek, einem Zeitungsausschnitt-Archiv, einer Film- und Photosammlung sowie einem Dokumentenarchiv. Daß der künftigen Bestimmung der Wannsee-Villa eine dauerhafte Lösung für das Gestapo-Gelände folgen muß, darauf weist das Konzept in der Präambel ausdrücklich hin.

Diesen Vorschlag hat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen auch aufgegriffen. In der Begrüßung der Tagungsteilnehmer sprach er davon, die Wannsee-Villa solle mit anderen Orten des Gedenkens der Opfer des Hitlerregimes eine Art „Dreiklang“ bilden, deren andere Eckpfeiler

stimmten fast alle darin überein, daß die Wannsee-Villa nur im Zusammenspiel mit dem Gestapo-Gelände gestaltet werden könne und daß das Haus wegen seiner ungeheuren Bedeutung für das jüdische Volk thematisch der Judenverfolgung vorbehalten bleiben solle. Die Wannsee-Villa, meinte der polnische Historiker und Schriftsteller Wladyslaw Bartoszewski, sei nicht nur eine Berliner Angelegenheit, sie sei „ein Symbol, ein pars pro toto“ für die Menschheit.

Die Gedenkstätten des Widerstandes in der Stauffenbergstraße und in Plötzensee sowie das ehemalige Gestapo-Gelände sind. Skeptiker hatten bis dahin befürchtet, der Senat wolle mit der Gestaltung der Wannsee-Villa der ebenfalls wichtigen Gestaltung des Gestapo-Geländes ausweichen; solche Bedenken hat Diepgen mit seiner Ankündigung ausgeschaltet.

Tatsächlich war mit dem Gestapo-Gelände wie auch mit der Wannsee-Villa Jahrzehntlang nichts geschehen, was nicht nur den jüdischen Gästen der Stadt auffiel. 1980 traf in Berlin ein Brief der Internationalen Liga der Menschenrechte ein, der die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gestapo-Gelände vorschlug. Die SPD-Fraktion stellte im Abgeordnetenhaus einen Antrag auf Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Faschismus sowie eines Dokumentations- und Ausstellungszentrums. Zusätzlich wurde eine Bürgerinitiative zur Einrichtung eines „Aktiven Museums“ gegründet. Unter dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker wurde das erste Hearing zur Gestaltung des Geländes veranstaltet und ein Wettbewerb ausgeschrieben. 1984 wurde von einer internationalen Jury ein erster Preis vergeben, das Projekt aber nie verwirklicht. Ein Jahr später schlug der Senat vor, das Gelände, bis dahin mehr oder weniger eine Baustelle, in kleine Parzellen zu unterteilen. Neben Spielplätzen, Park- und Grünflächen war auch eine kleine Gedenkstätte vorgesehen. Der Vorschlag, nicht gerade ein Beispiel für sensiblen Umgang mit der deutschen Geschichte, stieß auf heftige Kritik und wurde wieder fallengelassen.

Rechtzeitig zur 750-Jahr-Feier aber hatte sich der Kultursenator für die Ausstellung „Topographie des Terrors“ einsetzen können, die über den ehemaligen Folterzellen der Gestapo errichtet wurde. Diese Ausstellung, zunächst nur für die Dauer der 750-Jahr-Feier geplant, soll nun als Provisorium erhalten bleiben. Dies gab der Senat kurz vor Beginn der internationalen Anhörung zur Wannsee-Villa bekannt. Dazu hatte der Regierende Bürgermeister Anfang dieser Woche Fachleute aus Deutschland, Israel, Polen und den Vereinigten Staaten nach Berlin eingeladen, darunter auch den Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel, der zwar nicht an der Tagung teilnahm, statt dessen aber eine Rede im Reichstag hielt. Bei aller berechtigten Kritik, die Wiesel am Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte übte, lobte er den Senat, daß er sich der Gestaltung der Wannsee-Villa angenommen habe.

War die Vorgeschichte schon mühsam genug, erwies sich die Diskussion während der Anhörung keineswegs als weniger kompliziert, auch wenn sie zu einem positiven Ergebnis kam. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Teilnehmer

Gedenkstätte am Güterbahnhof

Einen Wettbewerb zur Gestaltung einer „Gedenkstätte Bahnhof Grunewald“ hat der Senator für Bau- und Wohnungswesen ausgeschrieben. In mehr als 63 Transporten wurden von hier und vom Bahnhof Putzitzstraße von 1941 bis 1945 Berliner Bürger jüdischen Glaubens in Konzentrationslager deportiert. Es soll ein „Zeichen“ errichtet werden, das eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Bahnhofs ermöglichen soll. Gleichzeitig soll es ein „Ort der Erinnerung“ werden. Für den mit insgesamt 54 000 Mark dotierten Wettbewerb sind bildende Künstler und Architekten aus West- und Ost-Berlin zugelassen. Die Unterlegten können beim Senator für Bau- und Wohnungswesen angefordert werden.

Volksblatt, Berlin - 29.9.87

Mahnmal zum Gedenken an die Deportationen

Ein Mahnmal zum Gedenken an die Deportationen jüdischer Bürger wird am Montag, 12. Oktober, 14 Uhr, auf der Putzitzbrücke in Tiergarten enthüllt.

Von den Bahnhöfen Putzitzstraße und Grunewald aus wurden in der Zeit des Nationalsozialismus die Berliner jüdischen Bürger deportiert.

Die Aktionen begannen am 18. Oktober 1941 mit einem Transport in das Getto Lodz und endeten mit einem Transport in Richtung Sachsenhausen.

Das Mahnmal wurde von dem Berliner Bildhauer Volkmar Haase entworfen und ausgeführt. Die Enthüllung nimmt Bezirksbürgermeister Dieter Ernst vor, Ansprachen halten der Senator für kulturelle Angelegenheiten, Volker Hassemer, und der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Helnz Gallinski.

ens und Ravensbrück im April 1945. In dieser Zeit wurden mehr als 50 000 Berliner Juden in die Vernichtungslager geschickt.

Volksblatt, Berlin - 2.10.87

Gedenkstättenseminar in Flossenbürg

Vom 8.-11. Oktober hat in Flossenbürg das Herbsttreffen der Gedenkstätten/Initiativen für die Opfer des NS-Regimes in der BRD stattgefunden. Zu diesem von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V., diesmal in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg e.V. und mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung organisierten Treffen haben 35 Personen teilgenommen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Seminares war die ausführliche Beschäftigung mit der Geschichte des ehemaligen KZ's in Flossenbürg und der heutigen Arbeit der Initiative. Große Anerkennung fand die Forschungsarbeiten der Vereinsmitglieder, die in bisher einmaliger Weise die wirtschaftliche Bedeutung des KZ's sowohl für die Großindustrie als auch für die Region herausgearbeitet haben. Als nächster Schritt müssen diese Forschungsergebnisse, mit Hilfe der vom Verein angestellten drei ABM-Kräfte, durch eine Publikation der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Kritik wurde an der Gestaltung der Gedenkstätte geübt, die von der bayerischen Schlösser, Gärten und Seenverwaltung gestaltet und gepflegt wird.

Bemängelt wurde die Anlage der Gedenkstätte, die nicht mehr erkennen läßt, wo sich das ehemalige Schutzhaftlager befand, große Teile davon sind heute Parkplatz. Auch die kleine, vor einigen Jahren neugestaltete Ausstellung wurde von den Seminarteilnehmern für verbesserungswürdig gehalten, da in ihr sowohl der Häftlingsalltag als auch die wirtschaftlichen Verflechtungen mangelhaft dargestellt werden. Großes Befremden löste der Neubau einer Fabrikhalle auf dem ehemaligen Apellplatz, die in diesem Frühjahr fertiggestellt wurde, aus. Zwar konnten damit 150 Arbeitsplätze in dieser strukturschwachen Region geschaffen werden, aber es hätte sich sicherlich auch ein anderer Standort finden lassen.

Eine der wichtigsten Forderungen der Seminarteilnehmer war, alle noch vorhandenen steinernen Reste des ehemaligen KZ's unter Denkmalschutz zu stellen, um die Beseitigung weiterer Spuren zu verhindern. Als dringend notwendig erachtet wurde auch die Anbringung einer Information auf dem Gedenkstättenengelände, der auf die Möglichkeit der Besucherbetreuung durch die Arbeitsgemeinschaft hinweist. Daneben mußte über eine genaue Beschriftung des Geländes und der noch vorhandenen Lagerreste, sowie durch die Aufstellung eines Modells oder einen Lageplan auf den historischen Ort genauer eingegangen werden. Bemängelt wurde zudem von den fachkundigen Besuchern das Fehlen eines Besucherbuches.

Des Weiteren wurden während des Seminares Berichte neuer Gedenkstätten/Initiativen aus-

fürlich besprochen. So wurde die im September in Düsseldorf neu eröffnete Gedenkstätte vorgestellt, die Ausstellung "Topographie des Terrors" über die ehemalige SS-Terrorzentrale in Berlin als Novum sehr positiv beurteilt und berichtet, daß der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand ebenfalls in Berlin zwei ABM-Kräfte eingestellt hat, um eine politische Bildungsarbeit im Gedenken an die NS-Opfer forcieren zu können.

Besondere Aufmerksamkeit fand der Bericht der Initiative Gedenkstätte Eckerwald e.V. im Kreis Rottweil. Die Vereinsmitglieder haben es durch großes Engagement und mit viel Phantasie in den eineinhalb Jahren seit der Gründung des Vereines geschafft, einen Gedenkweg an die Opfer des KZ-Außenlagers von Natzweiler in Schörzingen an deren ehemaliger Arbeitsstätte im Eckerwald, wo viele Häftlinge bei den vergeblichen Bemühungen, dort Ölschiefer abzubauen, ermordet wurden, herzurichten. Der Verein hat dazu in diesem Sommer ein internationales Work-Camp durchgeführt und mit einer Kunstauktion dringend notwendige finanzielle Unterstützung für die Vereinsarbeit sammeln können.

Die Frage nach der Akzeptanz von Gedenkstätten in der heutigen Gesellschaft wurde während des Wochenendseminars ebenfalls diskutiert. Diese Frage pauschal zu beantworten ist äußerst schwierig, da die lokalen Bedingungen jeweils genau untersucht werden müssen. Generalisierend läßt sich ein Unterschied zwischen der Akzeptanz auf dem Land und in der Stadt feststellen. Ist bei der Beschäftigung heute genau zu hinterfragen, in wie weit die Bevölkerung am Ort mit dem Lager in Berührung kam, eventuell auch davon wirtschaftlichen Nutzen ziehen konnte, so tritt ein weiterer Abwehrmechanismus bei vielen in direkter Umgebung von Gedenkstätten lebenden Menschen dadurch auf, daß sie sich stellvertretend für alle Deutschen angeklagt fühlen. Von vielen Seminarteilnehmern wurde berichtet, daß vor der Einrichtung der Gedenkstätte der Widerstand dagegen besonders groß war. Dieser hat erfreulicherweise nachgelassen, wenn die Dokumentation erstellt war und sich die Bevölkerung mit den konkreten Fakten auseinandersetzen konnte.

Ein weiteres lokales Gedenkstätten-treffen für Süddeutschland wurde für das erste Februarwochenende 1988 in Zusammenarbeit mit dem Verein "Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm" festgelegt, das nächste Gedenkstätten-treffen auf Bundesebene soll Ende Mai in Neuengamme stattfinden.

Thomas Lutz

Aus dem Senat

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
Rathaus Schöneberg, D-1000 Berlin 62, Telefon: (030) 783 30 50

6. November 1987
Nr. 215 (KR-BW)

Btx des Presseamtes * 66000 #

DIE AUSSTELLUNG "TOPOGRAPHIE DES TERRORS" WIRD FORTGEFÜHRT

Die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten teilt mit:

Der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Dr. Volker Hassemer, teilt mit, daß die Ausstellung "Topographie des Terrors" fortgeführt wird. Die provisorische Aufbereitung des Geländes am Martin-Gropius-Bau und die Darstellung seiner Geschichte im Rahmen der Ausstellung "Berlin, Berlin" zur 750-Jahr-Feier haben großes Publikumsinteresse und Zustimmung im In- und Ausland gefunden.

Der Senat hat deshalb beschlossen, das Gelände und die Dokumentations-Ausstellung der Öffentlichkeit auch weiterhin zugänglich zu erhalten. Für die Wintersicherung und Beaufsichtigung der baulichen Reste des Gestapo-Hauptquartiers und der Dokumentation, für die weitere wissenschaftliche Betreuung sowie für die weiterführende Überarbeitung unter der fachlichen Leitung des Historikers Prof. Rürup werden finanzielle Mittel bereitgestellt. Laut Hassemer soll auch die Fortführung begleitender Informationsveranstaltungen davon bestritten werden. Für die technische Sicherung der Ausgrabung ist das Archäologische Landesamt hinzugezogen worden.

Die Verwaltungszuständigkeit im Senat verbleibt zunächst weiterhin beim Senator für Kulturelle Angelegenheiten. Veranstaltungsträger bleibt die Berliner Festspiele GmbH.

Senator Hassemer und die an dem bisher erreichten Ergebnis beteiligten Initiativen, Berater und Wissenschaftler stimmen darin überein, daß das Provisorium eine gute Grundlage für weiterführende Überlegungen ist, die nicht mehr verlassen werden sollte, sondern erst durch weiter ausgereifte Arbeitsergebnisse und Planungen ersetzt werden kann. Das Provisorium hat sich so bewährt, so Hassemer, daß es nur durch Besseres abgelöst werden darf und muß. Was bedeutet, daß weitere Überlegungen und Arbeit notwendig sind, mit dem Ziel, eine dauerhafte Form des Umgangs mit diesem zentralen Ort der nationalsozialistischen Terrorherrschaft zu finden.

Nach Vorstellungen Senator Hassemers wird eine wichtige Rolle in den weiterführenden Überlegungen die inhaltliche und qualitative Zuordnung dieses Ortes zu anderen der NS-Geschichte gewidmeten Orten spielen, so der Gedenkstätte des Widerstandes in der Stauffenbergstraße und der sogenannten Wannsee-Villa als Gedenkstätte für den Holocaust.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S. 1
Plädoyer für enge Zusammenarbeit mit der "Initiative"	S. 2
Protokoll der Mitgliederversammlung vom 19.11.87	S. 4
Das "Prinz-Albrecht-Gelände" und die "Topographie des Terrors" - Eine Zwischenbilanz	S. 12
Podiumsdiskussion bei der SPD Kreuzberg	S. 14
"T 4"-Ausstellung	S. 16
ARM: Wir stellen uns vor	S. 17
Pressedokumentation	S. 18
Gedenkstättenseminar in Flossenbürg	S. 20
Dokumentation: Landespressediens	S. 21
Inhaltsverzeichnis	S. 22
Termine	S. 22

TERMINE

Die in der Mitgliederversammlung eingerichtete AG "Weitere Konzepte für den zukünftigen Umgang mit dem Gestapo-Gelände" trifft sich am

16.12.1987 um 18.30 Uhr
in der Köthener Str. 44.

Die AG Erarbeitung einer Ton-Dia-Schau trifft sich am

06.01.1987 um 15 Uhr
bei der Aktion Sühnezeichen/
Friedensdienste, Lebens-
str. 1 (Thomas Lutz)

Redaktionsschluß für den nächsten Mitgliederrundbrief ist am
31.01.1987

Beiträge und Mitarbeit sind erwünscht.

Impressum

Fotos: Berliner Geschichtswerkstatt, Klaus Döring,
Monika Rummler

Auflage: 160

V.i.S.d.P.: Bärbel Jäschke

Hrsg.: AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS
UND WIDERSTAND IN BERLIN
e.V.

Köthener Str. 44
1000 Berlin 61



"Wo kommt der Sessel hin?" - "Helmut-Kohl-Halle." 3